

***Rot-Grün gefährdet Wohlstand,
Wirtschaft und Arbeitsplätze***

***Die Steuer- und Abgabenpläne
von SPD und Grünen***

CDU

Rot-Grün gefährdet Wohlstand, Wirtschaft und Arbeitsplätze

Die Steuer- und Abgabenpläne von SPD und Grünen

Vor der Bundestagswahl am 22. September 2013 tun die SPD, ihr Kandidat Steinbrück und die Grünen viel dafür, das Ausmaß ihrer Pläne zum Abkassieren der Bürgerinnen und Bürger zu verschleiern. Sie wollen nicht mit der Wahrheit über die geplanten finanziellen Belastungen der Menschen herausrücken. Steinbrück, Trittin und Co. versichern immer wieder, dass durch die gemeinsamen Steuerpläne kaum jemand betroffen sei. Dem selbsternannten Klartext-Kandidaten Steinbrück ist dagegen sehr bewusst, dass seine Steuererhöhungen zu deutlichen finanziellen Belastungen für den Mittelstand und für viele Arbeitnehmer führen werden. Deshalb antwortet er auf die Frage, wen genau seine Steuerpläne treffen werden: *„Das erzähle ich Ihnen, wenn ich in Amt und Würden bin.“* (Tagesspiegel Online, 14.03.2013).

Die rot-grüne Liste der Steuer- und Abgabenerhöhungen ist lang

Die Einkommen- und Erbschaftsteuer soll ebenso erhöht werden, wie die Steuern auf Kapitalerträge, z. B. Zinsen. Die SPD will eine Vermögensteuer, die Grünen eine Vermögensabgabe und dann eine Vermögensteuer. Viele kleinere und mittlere Unternehmen, Familienunternehmen und Mittelständler würden durch die Pläne massiv in ihrer Substanz belastet. Schließlich gehören zum Vermögen auch Haus- und Grundbesitz, und damit auch Firmengebäude, Handwerksbetriebe, Maschinen und Werkstätten. Dieses Vermögen darf aber bei Steuern oder Abgaben nicht anders als etwa Bar- oder Aktienvermögen behandelt werden. So entschied das Bundesverfassungsgericht.

Peer Steinbrück müsste um die Problematik wissen. Er selbst sagte auf den Hinweis „Die SPD dagegen will die Vermögensteuer wieder einführen.“: *„Wenn damit nur das Privatvermögen gemeint wäre, hätte ich damit kein Problem. Die Frage ist aber: Wie halten wir es mit dem Firmenvermögen? Wenn wir es voll besteuern, schwächen wir den Mittelstand. Klammern wir es aus, schaffen wir viele Umgehungsmöglichkeiten nach dem Motto: Der Picasso hängt bei mir nicht mehr im Wohnzimmer, sondern im Besucherzimmer meines Betriebs.“* (Spiegel, 29.01.2011)

Sowohl SPD als auch Grüne planen, das bewährte Ehegattensplitting in seiner heutigen Form abzuschaffen. Bei der Mehrwertsteuer sollen Ausnahmen gestrichen und die

Ökosteuern soll erhöht werden. Hinzu kommt, dass die SPD steuerliche Freibeträge für Familien streichen will. Die SPD will 40 Milliarden Euro zusätzlich abkassieren. (Welt Online, 24.03.2013) Zulasten von Arbeitsplätzen im Mittelstand wollen die Grünen allein durch die Vermögensabgabe 100 Milliarden Euro zusätzlich eintreiben. (Tagesschau.de, 27.04.2013)

Auch im Sozialbereich drohen milliardenschwere zusätzliche Lasten für Beitragszahler und Betriebe. In der Pflegeversicherung will die SPD zusätzlich 6 Milliarden Euro einnehmen. (SPD.de, 02.07.2013) Die Krankenversicherung wird teurer. (Focus, 13.05.2013) Auch soll der Beitrag für die Rentenversicherung nach den Vorstellungen der SPD deutlich schneller als geplant steigen. Die SPD-Rentenpläne könnten bis zu 90 Milliarden Euro im Jahr 2030 kosten. (Spiegel Online, 19.12.2012)

CDU und CSU entlasten Familien. SPD und Grüne wollen sie belasten.

Berechnungen im Auftrag des Magazins Focus haben ergeben, dass eine Familie mit zwei Kindern nach den Konzepten der Union entlastet wird. Bei SPD und Grünen hingegen müsste eine Familie mit zwei Kindern ab 50.000 Euro Jahreseinkommen (SPD) bzw. 70.000 Euro (Grüne) höhere Lasten tragen.

Bei Alleinerziehenden gilt ebenfalls: Die Union entlastet. Bei der SPD müssten Alleinerziehende ab 40.000 Euro Einkommen, bei den Grünen ab 60.000 Euro mehr bezahlen. (Focus, 02.09.2013)

Auch in den Medien, der Wissenschaft und bei Arbeitgebern ist die Meinung zu den rot-grünen Steuer- und Abgabenplänen eindeutig. Durch Rot-Grün wird es für die Menschen und die Betriebe zu deutlichen finanziellen Belastungen kommen. Arbeitsplätze sind in Gefahr:

- *„Beide Parteien [SPD und Grüne] wollen den Tarif für Spitzenverdiener auf 49 Prozent anheben. (...) Man muss also nicht reich sein, um mit diesem Satz zur Kasse gebeten zu werden. Es kann den Handwerksmeister genauso treffen wie den selbständigen Jungakademiker in seinem ersten Job.“* (Spiegel, 18.03.2013)
- *„Die von der SPD geplanten Steuererhöhungen vernichten Arbeitsplätze und schwächen das Wachstum.“* (Verband der Familienunternehmer, Handelsblatt, 10.10.2012)

- *„Sie [die Steuerpläne von Rot-Grün] sind ein Fluch für Familienunternehmen und ein Segen für Heuschrecken.“* Die von SPD und Grünen geplanten Steuererhöhungen würden Deutschland 1,85 Millionen Arbeitsplätze kosten, so Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (Focus Online, 11.06.2013)
„Vor allem die Vermögensteuerpläne von SPD und Grünen brächten für unsere deutschen Standorte deutliche zusätzliche Belastungen.“ (Michael Rademacher-Dubbick, Geschäftsführer der Firma Krohne, Focus, 02.09.2013)
- *„Hier werden nicht nur die Reichen getroffen. Es geht bereits bei kleineren Unternehmern, Sparern und gut verdienenden Angestellten los.“* (Michael Bräuninger, Steuerexperte des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, Rheinische Post, 23.02.2013)
- *„Fast jede dritte Familie in Deutschland würde durch die Pläne der SPD zum Kindergeld mit Mehrkosten von durchschnittlich 45 Euro im Monat belastet. Anders als von den Sozialdemokraten suggeriert, betreffen die Pläne offenbar nicht nur Spitzenverdiener, sondern auch viele Familien aus der Mittelschicht.“* (Frankfurter Allgemeine Online, 25.04.2013)

Deutschland geht es gut.

Viele Menschen haben sichere Arbeit. Mit einer Erwerbstätigenzahl von über 41,9 Millionen Menschen herrscht Rekordbeschäftigung. Die Wirtschaft ist stark und sucht weiter Arbeitskräfte. Das Wirtschaftswachstum lag in dieser Wahlperiode bei durchschnittlich 2,1 Prozent. Einen solchen Wert hat keine Regierung seit der Deutschen Einheit vorzuweisen.

Der Staat kann seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen. Die Neu-Verschuldung ist die niedrigste der vergangenen vier Jahrzehnte. Die Steuereinnahmen befinden sich auf Rekordhöhe. Die Ziele der Schuldenbremse werden vier Jahre früher eingehalten, als vom Grundgesetz vorgeschrieben. Ab 2015 wird mit der Rückzahlung von Altschulden begonnen. Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen haben im Jahr 2012 mehr Geld eingenommen als sie ausgegeben haben.

Und trotzdem konnten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet werden. Im Vergleich zu 2009 hat ein Arbeitnehmer mit 42.000 Euro Jahresbrutto im Jahr 2013 unterm Strich rund 1.300 Euro mehr in der Tasche. Dies sind Erfolge fleißiger Menschen, innovativer Unternehmen und der soliden Politik der CDU-geführten Bundesregierung.

Mit den Plänen von SPD und Grünen sind Wohlstand, Wirtschaft und Arbeitsplätze in Gefahr. Es gibt keinen Grund für Steuer- und Beitragserhöhungen. Bei der CDU-geführten Bundesregierung sind Aufschwung, gute Arbeit, faire Löhne und solide Finanzen in guten Händen.

Stand: 5. September 2013